

Die Halle... 2,50 Mk. ...

Am Samstag... 1919

Präsident... 1919

Saale-Zeitung.

Dezemberzähler Jahrgang.

Werbung... 20 Pf. ...

Erhalten... 1919

Die Erbschaftsteuern im Reichstage.

(3. Tag der Finanzdebatte.)

284. Sitzung vom 18. Juni.

Am Tische des Bundesrats: DeLbrück, v. Loebell, ...

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr

Preussischer Handelsminister DeLbrück:

Unter den Erbschaftsteuern der Kommission betreffen drei mein ...

bestreit gewesen, die Interessen der Landwirtschaft in jeder Hinsicht ...

der Parteien hier im Hause entspricht. Im Plenum werden wenige Stimmen dem Ausflage geben, vielleicht gerade die ...

Abg. Dr. Wiemer (fr. Wp.):

Der bisherige Verlauf der Beratungen gestattet noch kein ...

an eine Stelle in einem Briefe des ehemaligen preussischen ...

Der Minister erklärt nun die von der Kommission beschlossene ...

Die Polen sind ja jetzt bei der neuen Konstellation ...

große neue Last nicht durch direkte Steuern allein aufgebracht werden kann. Auch die sozialdemokratische Partei wird, wenn sie alles das vernünftigen will, was sie in ihrem Programm fordert, nicht allein mit direkten Steuern auskommen können. (Sehr gut! links.) Wir haben uns aber niemals darauf aufgelegt, daß nur 100 Millionen durch direkte Steuern aufgebracht werden sollen. Wir haben im Gegenteil in der Kommission und sonst ausdrücklich erklärt, daß wir durch direkte Steuern so viel wie möglich von diesen neuen Lasten aufbringen wollen, und haben uns dahin durch Anträge bemüht, leider ohne Erfolg. Graf Westarp hat nun in diesem Zusammenhang die Behauptung aufgestellt, daß die Liberalen bei den Verbrauchssteuern verlagert hätten und daß damit die Konserverativen genötigt werden müßten, mit dem Zentrum zu gehen. (Sehr richtig! rechts. Sehr falsch! h. d. Freisinnigen.) Gestatten Sie mir eine kurze Gegenbemerkung: wann ist denn das Zusammengehen der Konserverativen mit dem Zentrum in der Steuerkommission zuerst herbeigeführt? Seit der Beratung des Branntweinsteuergesetzes. Das Zentrum erklärte sich bereit, die volle Viebesgabe zu bewilligen, obwohl hervorragende Führer des Zentrums vor noch nicht langer Zeit mit uns ihre Erstattung gefordert hatten. (Sehr richtig! links.) Und um noch freier zu gehen, hat das Zentrum in der ersten Lesung der Kommission sich gar bereit erklärt, noch eine Extra-Viebesgabe von 2 Millionen für die nächsten drei Jahre zu bewilligen. (Hört! hört! links.) Da konnten die Konserverativen nicht widerstehen, da haben sie sich mit dem Zentrum und mit den Polen zusammen-

gefunden. Das beweist klar und deutlich, daß nicht das Verlangen der Liberalen bei der Verbrauchssteuerreform für die Haltung der Konserverativen maßgebend war, sondern der Wunsch, die Sonderverträge, die heute bestehen, sich zu erhalten oder noch neue zu gewinnen. Hier kommt auch der Vorwurf des Reichstanzlers in Frage, daß die linksliberalen Gruppen sich von doktrinären Anschauungen bestimmen ließen. Ich habe keine Veranlassung, eine besondere Polemik in diesem Augenblick gegen den Reichstanzler zu führen, da seine Ausführungen in der Hauptsache gegen Zentrum und rechts gerichtet waren. Aber ich kann doch einige Bemerkungen nicht unterlassen: Wir haben uns niemals den neu auftauchenden Bedürfnissen verschlossen und der aus der Entwicklung sich ergebenden Staatsnotwendigkeit. Ich brauche nur auf die Verhandlungen in sozialpolitischen Fragen zu verweisen. Der Reichstanzler sprach etwas abfällig von dem Programm der Parteien. Gemäß, ein leitender Staatsmann wird über Programme, die ihm unter Umständen unbenutzen werden können, aber die Meinung, daß selbst für eine Regierung und für den leitenden Staatsmann ein bestimmtes Programm mit festen Zielen sehr nützlich und notwendig sein würde. (Beifall! Zustimmung links.) Nicht aus doktrinärer Vereinigungsgemeinschaft stimmen wir einzelnen Vorlagen nicht zu, sondern aus der Überzeugung, daß sie nicht richtig sind, daß zum Beispiel die von der Regierung vorgeschlagene Form der Tabakbanderolsteuer überaus fehlerhaft und schädlich ist. Der Reichstanzler hat es für einen Fehler gehalten, daß die Sätze sich solange bei der logenommen Viebesgabe aufhalten hat. Eine berechnete agrarfreundliche Zinsfrage werden wir unterlassen. Aber wir müssen es auch in Zukunft ablehnen, daß unter dem Schutze der Landwirtschaft die Gesetzgebung in den Dienst agrarischer Sonderinteressen gestellt und das Gemeinwohl geschädigt wird. (Beifall links.)

Darum haben wir unsere Mitwirkung in der Kommission eingestellt.

der schärfste Protest, den wir finden konnten. Die Geschäftsordnung ist zum Schutze der Minderheit da. (Sehr richtig! links.) Sie ist das unentbehrliche Instrument, um die Verhandlungen des Reichstages zu fördern unter Respektierung der Minderheit, und wer die Geschäftsordnung antastet, der verstoßt sich auf dem parlamentarischen Wesen überhaupt. (Sehr richtig! links.) Gerade die linksliberalen Parteien, die Anhänger konstitutioneller Anschauungen sind, sind verpflichtet, gegen Verletzungen der Geschäftsordnung den schärfsten Protest einzulegen. (Beifall links, Laufen rechts!) Und darum glaube ich, war die Haltung der Vertreter der Liberalen durchaus berechtigt. Unser Protest richtet sich aber auch gegen die Art, wie die Beschlüsse der Kommission in Kommissionen zustande gekommen sind. Sie hat ein ganzes Bündel neuer Steuererlasse zustande gebracht, ohne ausreichendes Material, ohne tatsächliche Begründung, ohne genaue Prüfung der wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen, die sich aus der Gesetzgebung ergeben müssen. (Sehr richtig! links, Widerspruch rechts.) Die Kommission hat an Prinzipien jeden Wettbewerb aus dem Felde geschlagen. (Wider! Beifall links.) Umso schlimmer ist es mit der Minderheit. (Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Graf Westarp hat zum Ausbruch der Haltung der Konserverativen hervorgerufen, daß erst durch die Initiative und das geschlossene Vorgehen seiner Freunde es erreicht worden sei, den von der Regierung geforderten Betrag auf den Tisch des Hauses zu legen.

Dieser Ausbruch ist nicht fein. Mit Abschreiben, mit Ausschneiden, mit Schere und Klebteppich lassen sich wunderliche Steuern auf dem Papier machen. Aber sie sind auch danach. (Stürmischer Beifall links, Anrufe und Laufen rechts und im Zentrum.)

Sie werden nicht bestreiten, daß alle diese Beschlüsse tatsächlich unbrauchbar sind. Wir sind die Herrschaft der Reichstanzler eine Verordnung, aus verschiedenen Bundesstellen empfangend, und sie ist, auf eine etwas halbe Durcharbeitung hinweisen wollte, waren es gerade die Vertreter der Konserverativen und des Zentrums, die sich dagegen wehrten. (Hört! Hört! links.) Wir wollen Recht, und wir haben ihnen zugestimmt; beim solche Steuererlasse, die so tief in das wirtschaftliche Leben eingreifen, wollen reichlich erwohnen werden. Sie können nicht aus dem Handel heraus gemacht werden. Das hat sich aber geändert, als sich das Zentrum mit den Konserverativen zur Mehrheit zusammenfand. Da wurde ein Automatismus eingeschlagen. Duhende von Gesetzen im Handumdrehen gemacht. (Sehr richtig! links.) Diese einseitige Gesetzesmaderie hat

eine tiefe Verzerrung im Lande hervorgerufen und die Stimmung für die Finanzreform unendlich beeinflusst. (Sehr richtig! links.) Auch an dieser Stelle protestiere ich gegen die Art von Gesetzesmaderie. (Beifall links, Anrufe rechts.) Denn dadurch ist das Ansehen des deutschen Reichstages geschädigt worden. (Zustimmung links, Beifall rechts und im Zentrum.)

Leber die Einzelheiten der Beschlüsse der Finanzkommission befaßt wir uns unsere Darlegungen für die zweite Lesung vor. Von vornherein kann ich schon erklären, daß wir gegen den Kaffee- und Teezoll sehr erhebliche Bedenken haben. Die Besteuerung der Wertpapiere müssen wir ablehnen. Namentlich dem Handelsminister stimme ich in seinen Ausführungen über unser Interesse an einer leistungsfähigen Börse und über die finanzielle Kriegsbereitschaft bei. Wir lehnen auch die Maßnahme ab. Sie ist eine Erbschaftsteuer und bringt Verwirrung des Mehlis und der Volksernährung, ohne daß ein Teil der Miller haben Nutzen haben würde. Genuß lehnen wir den Kaffeezoll ab. Zu der früheren wirtschaftlichen Bedenken, die bereits erwähnt worden sind, kommt noch der Gesichtspunkt hinzu, daß wir unmöglich zu einer langfristigen überwinden volkswirtschaftlichen Anbahnung zurückzuführen können, indem wir Ausnahmefälle wieder einführen. (Sehr richtig! links.) Eigentlich wundere ich mich, daß man nicht wie vor drei Jahren auch den Vorschlag zurückzuweisen aufgegeben hat. (Seiterteil links.) Er würde zu den anderen Steuerprodukten der Rumpfkommision sehr gut passen. (Seiterteil.) Er wäre eine fällige Ergänzung zu der Steuer auf Reinkommen und Wohlgefühle, die ja vom Zentrum angesetzt ist, und die wir als kulturell feindlich ablehnen. (Geschäft im Zentrum, Beifall links.)

Dem Gedanken der Reichsverzinsungsteuer stehen wir an sich nicht ablehnend gegenüber, aber wir stimmen der Eingabe des Verbandes des deutschen Städteverbandes zu. Unsere ablehnende Haltung bedeutet nicht, daß wir die Frage nicht weiter prüfen wollen, aber das muß ausreichende Zeit gegeben werden. Steuererlässe sollen sich nicht über das Antz bewegen, am wenigsten diese überaus komplizierte Wertwachstumssteuer. (Zustimmung links.)

Auch die von der Regierung jetzt vorgeschlagene Erbschaftsteuer bedürfen noch genauer Prüfung. Einem Teil der neuen Gesetzentwürfe können wir ohne weiteres zustimmen. Aber einen anderen Teil, z. B. über den Wechselstempel wird sich eine Vereinbarung herbeiführen lassen. Die Einführung des Scheffelpfandes hat erstliche Bedenken. Sie ist zweifellos ein Hindernis gegen den Verlust, das Schwereisen bei uns zu popularisieren.

Mit der Besteuerung der Gewerbesteuererzeugnisse sind wir nicht einverstanden.

Aber wenn wir auch angeht die Hoflage des Reichs einen Teil dieser Steuern akzeptieren sollten, so sind das als ein Kompromiß. Es sind Verkehrs- und Umsatzsteuern, und sie können daher nicht in Betracht kommen als Äquivalent der Verbrauchsbesteuerung im Sinne der ursprünglichen Regierungsvorlage. Als Äquivalent kommt allein die Erbschaftsteuer in Betracht.

Im dem Gedanken der Reichsvermögenssteuer halten wir fest; auf die Dauer kann sie gar nicht entbehrt werden. Leider sind unsere Bemühungen erfolglos geblieben, auch unter Verlust, eine Verbindung zwischen Erbschaftsteuer und Vermögenssteuer zu schaffen, in der Zeit, daß das Vermögen durch die Erbschaftsteuer einer Kontrolle unterworfen wird. Wir hätten eine solche Kontrolle für sehr erwünscht, mit wenig Wert, aber das eine gesunde und gleichmäßige Veranlagung in Hand und Stadt gefordert ist und daß der Steuerbürger so weit wie möglich vorgebeugt wird. Graf Westarp verzicht, daß der Landwirt die Erträge seiner Produktion ebenso auf der Bank von England niederlegen kann, wie jeder andere Kapitalist. (Sehr richtig! links.) Wir wünschen vor allem, daß die Landräte aus der Steuererlassungskommission herauskommen und durch technische Beamte ersetzt werden, dann wird auch eine gleichmäßige Veranlagung erfolgen. Meinungsverschiedenheiten über die Erbschaftsteuer haben auch ursprünglich bei meinen Freunden bestanden. Wir sind aber von Anfang an auf den Boden der Regierungsvorlage zur Besteuerung der Erbschaften getreten. Wir linksliberalen werden geschlossen für die Erbschaftsteuer stimmen, und ich füge hinzu, daß die Durchführung einer ausreichenden Erbschaftsteuer unsere Voraussetzung für unsere etwaige Zustimmung zum Ausbau der indirekten Steuern ist. Einer ungenügenden Veranlagung des platten Landes werden wir entgegen zu treten suchen. Was darf aber die Bedeutung der Sache nicht zu unterschätzen, wie Herr Singer. Die Form der neuen Vorlage hat gewiß gewisse gegenüber der Nachsteuer. Es ist zweifellos richtiger, den Anteil des Einzelnen für den ganzen Nachschuß zu besteuern. Man darf auch nicht vergessen, daß in den 55 Millionen die Besteuerung nicht entfallen ist. Wir werden übrigens die Summe zu erhöhen suchen. Vielleicht kann es dagegen durchgesetzt werden, daß der Anteil der Bundesstaaten nicht auf 25 Proz., sondern nur auf 10 Prozent festgelegt wird. Wir werden

an der Verbesserung des Entwurfs mitwirken und ihm voranschrittlich zustimmen können. Die Einwände der Gegner sind nicht bemerkenswert, auch das nicht, was Herr Spahn über die Einwirkung auf den Kapitalisten sagte. Er hat es für schrecklich erklärt, wenn beim Tode des Erbschafters an den Staat eine Abgabe entrichtet werden müsse. Nun, ist das denn wirklich schrecklich, als wenn beim Tode des Erbschafters eine Stiftung insbesondere für kirchliche Zwecke errichtet wird? (Sehr gut! links.) Freilich, die bayerischen Handwerker haben sich zum Teil gegen die Erbschaftsteuer erklärt, aber sollte das nicht daran liegen, daß diese gerade unter der Führung des Zentrums stehen? (Leb! Auf! links.) Herr Spahn hätte aber doch allen Anlaß gehabt, sich bei dem bayerischen Zentrumsabgeordneten Heim zu erkundigen, wie der über die Erbschaftsteuer denkt.

Ich verweise auch auf die Entschiedenheit des allgemeinen deutschen Mittelstandes. Die Entschiedenheit über das Schicksal der Finanzreform wird ohne Zweifel von Bedeutung sein für die politische Konstellation überhaupt. Es handelt sich hier nicht allein um neue Steuern, sondern um die innere politische Entwicklung unseres Staatswesens vielleicht auf Jahre hinaus. Das hat auch die konservative Presse oft anerkannt. Und in einem konservativen Flugblatt heißt es, daß die Konserverativen eine Veränderung ihrer Haltung deswegen vorgenommen haben, weil sie in ihrer Stärke das Resultat einer Schwächung der Monarchie zu Gunsten einer möglichst unumschränkten Monarchieverfassung, die die Weltgeltung des christlichen Geistes (Zurück! links, Verleumdung!) und den Zusammenbruch unserer wirtschaftlichen Lebens durch Inaugurierung des Freilandbrot legen.

In diesen Ausführungen kommt klar zum Ausdruck, daß nicht allein die Rücksicht auf die Finanzreform, die Haltung der Konserverativen

diffiziert, sondern daß innere politische Motive für sie maßgebend sind, zu deutlich, daß die Konserverativen sich mit dem Zentrum und den Polen verbinden, weil sie die Wägen aufrecht erhalten wollen, weil sie die agrarische und hochindustriellen Interessen der konservativen Politik erhalten wollen, weil sie den

Ausbau des konstitutionellen Staatswesens verbinden möchten und vor allem, weil sie die Reform des preussischen Wahlrechts nicht wünschen. (Laufen rechts und im Zentrum.) Herr Spahn rief dem Abg. Bassermann, als dieser davon sprach, zu: Was hat das mit der Finanzreform zu tun? Herr Spahn hat stets betont, daß zwischen der Wahlrechtsreform und der Wahlrechtsfrage ein enger, innerer Zusammenhang besteht, insofern, als letztendlich, in dem Augenblick, wo die Wahlen erhöht werden, die das Volk zu tragen hat, es eigentlich eine Forderung elementarer Gerechtigkeit ist, daß auch die Rechte des Volkes vergrößert werden.

Die „Kreuzzeitung“ hat vor einiger Zeit offen ausgesprochen, daß die Konserverativen bei der Reichsfinanzreform die demokratischen Ansprüche bekämpfen müssen, und ich glaube nicht, daß sie zugeben, daß gerade von den Konserverativen des preussischen Abgeordnetenhauses ein besonderer Druck ausgeübt worden ist. (Sehr wahr! links.) Um zu verhindern, was der Reichstanzler als notwendig erklärt hat: die Mitwirkung des liberalen Geistes in Gesetzgebung und öffentlichen Leben überhaupt. Nun finde ich, es ist ein eigener Reiz, wenn die Konserverativen, die die Wahlrechtsreform in Preußen nicht wollen, sich in diesem Augenblick zusammenschließen mit dem Zentrum, das doch aus dem allgemeinen, gleiche, gleiche, direkte Wahlrecht in den Einzelstaaten will. (Sehr gut! links.) Es mag ja sein, daß die Konserverativen sich vorher gewissermaßen haben, daß das Zentrum es bei der parlamentarischen Liebe bewenden lassen wird. (Beifall! Zustimmung links, Anrufe im Zentrum.) Sollte möchte ich nicht, wie dieser Part zu beurteilen ist. Wenn die Konserverativen die konstitutionelle Entwicklung nicht wollen, wenn sie keine Ministerverantwortlichkeit wollen, ja, das Zentrum hat doch auch einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem die Ministerverantwortlichkeit vorgezogen ist! Ich beweise nicht, daß über diese Frage zwischen dem Zentrum und den Konserverativen Besprechungen stattgefunden haben werden, und der Abg. Spahn wird sich bei diesen Besprechungen nicht selten gewöhnlichen runden Sätzen, sondern den 3 Linden hat aufgestellt haben, wenn er sich zu dem

Abg. v. Spahn, dem ungenannten König, hegeben hat. (Große Heiterkeit.) Die konservative agrarische Einseitigkeit hat eine tiefe Bewegung im Lande hervorgerufen, die sogar in konservative Wahlkreise hineingedrungen ist. (Laufen rechts.) In der Weise, die als Subjurgieren der Konserverativen gelten. Welche Kreise des Mittelstandes von Handel und Gewerbe haben sich gegen die agrarischen Ansprüche gewendet. (Sehr gut! links.) Wir müssen uns von unserem Standpunkte aus über diese Bewegung freuen. Als der Abg. Bassermann auf den Mittelstandsmann hinwies, der im Zirkus Schumann bei der Verammlung des neuen Sanjebundes sprach, kam aus dem Zentrum der Zwischenruf: das ist ein freisinniger Parteimann! Dieser Handwerker hat im Namen einer Organisation von über 100 000 Mittelclasse gesprochen. (Hört! hört! links.) Ich bin in der Verammlung anwesend gewesen, ich habe meine Freude gehabt bei den Ausführungen gerade dieses Mannes. In den Kreisen des Handels, den gewerblichen und kaufmännischen Kreisen macht sich die Erkenntnis immer mehr breit, daß sie gegen ihr eigenes Interesse und gegen das Gemeinwohl handeln, wenn sie sich hingeben zu den Interessen der Agrarier. Wir müssen

dem neugegründeten Sanjebund guten Erfolg, und ich glaube, die Herren der Rechten werden seine Wirkungen in ihrem Geiste noch zu spüren bekommen. (Beifall links, Laufen rechts.) Herr Singer hat freilich einige kritische Bemerkungen an diesen neugegründeten Bund geknüpft. Es ist ja eine erste Erfahrung, daß wenn das liberale Bürgertum Front macht gegen das Agrarierum, es in der Regel die sozialdemokratische Partei in seiner Flanke findet. Herr Singer meinte, charakteristisch für den Geist des neuen Sanjebundes seien die Ausführungen des Geheimrat Kirdorf über die Sozialpolitik gewesen. Das das möchte ich zurückweisen. Gerade die entgegengesetzte Anekdote, die Herr Kirdorf gefunden hat, beweist doch wohl, daß der Sanjebund sich fernhalten will von einseitigen sozialdemokratischen Auffassungen in der Sozialpolitik. (Sehr richtig! links.) Wenn in dem neuen Bunde, in jenen Kreisen, die sich zu zusammenschließen haben, bestehen Meinungsverschiedenheiten über sozialpolitische, über wirtschaftliche, über sozialpolitische Fragen, aber ich glaube, daß diese Meinungsverschiedenheiten zurücktreten gegenüber der allgemeinen Überzeugung, daß Handel und Industrie sich zusammenzuschließen müssen, um die ihnen gebührende Stellung sich zu erkämpfen. Im Zirkus Schumann hat ein Redner das gute Wort gesprochen: Der deutsche Handel und die deutsche Industrie haben sich den Weltmarkt erobert, und sie müssen jetzt alles daran legen, sich auch in der Heimat die gebührende Stellung zu erringen. (Sehr gut! links.) Das liberale Bürgertum, das wesentlich auf diese Kreise sich stützt, ist zu Opfern bereit, um die Reichsfinanzreform aufzuheben zu bringen, aber es verlangt, daß die Wahlen, die das Reich erfordert, alle in der nächsten Zeit gleichmäßig aufzulegen werden, das eine gründliche Reform durchzuführen wird, nicht Stückwerk und Stückerwerb, sondern eine Reform für die Dauer. In diesem Sinne sind auch meine politischen Freunde nach wie vor zur Mitarbeit bereit.

Anderserseits aber auch zum Kampf, wenn es wirklich zu einem Appell an die Wähler kommen sollte, wenn die Auffassung kommt. Wir sehen dem Ausgang des Kampfes mit guter Zuversicht entgegen. Ich bin überzeugt, daß bei einem solchen Kampf alle liberalen Männer sich gefolgt haben werden um das Reichspartier im Kampfe gegen Sonderinteressen, Eigenart und Rücksichtlosigkeit. (Beifall! Beifall links.)

Sächsischer Ministerpräsident und Finanzminister Dr. von Küger:

Ich möchte feststellen, daß der Bundesrat in Sachen der Reichsfinanzreform völlig einig ist. Er ist nicht nur einig in der Überzeugung, daß die Reichsfinanzreform jetzt bald kommen muß, sondern er ist sich auch klar darüber, in welcher Weise sie durchgeführt werden muß. Diese Einigkeit ist nicht nur heute, sie ist immer gewesen. (Beif! Hört, hört! links.) Nicht nur die

veränderten Regierungen sind der Ueberzeugung, daß die Finanzreform jetzt zuzunehmen gebracht werden muß, das ist auch die Ueberzeugung der ganzen Nation. Niemand wird es veranlassen wollen, die Finanzreform noch zu verschieben. (Beif. Zustimmung.) Die meisten Kreise des Volkes drängen darauf, sie endlich zur Verwirklichung zu bringen, freilich aber in einer Form, daß nicht nur wenigen Jahren sich die Notwendigkeit einer neuen Finanzreform herausstellt. (Beif. Zustimmung.) Auch hier im Hause ist nicht bestritten worden, daß das Zustandekommen möglichst rasch erfolgen muß. Nur über den Weg ist man in Meinungsverschiedenheiten geraten. Alle Parteien sind bereit, auszusagen. Zwar wünschen auch sie eine Gehobung des Finanzwesens, es in ganz anderer Richtung wie die Mehrheit des Hauses. (Sehr richtig! h. d. Ges.) Herr Singer hat sich dagegen gemeldet, daß von den 500 Millionen 400 durch die Befreiung des Konsums aufgebracht werden sollen. Er hält das für unbillig gegenüber der Last, daß nur 100 Millionen an den Weg gelöst werden. Die Dinge liegen aber doch anders. Das Reich ist noch keiner ganzen Struktur auf indirekte Steuern im wesentlichen angewiesen worden. Es ist daher unerschicklich, daß für die Zwecke des Reiches gerade der Meistverwahrer belastet wird. Infolge des numerischen Ueberwiegens der mittleren und unteren Klassen leiden die natürlichen am meisten darunter. Aber diese Klassen werden nicht überfordert. Das ist grundfalsch. Wenn man die Befreiung der verschiedenen Berufsgruppen einander gegenüberstellt, so muß man doch in Erwägung ziehen, daß es sich nicht nur um Reichsteuern, sondern auch um solche der Einzelstaaten und der Gemeinden handelt. Die Einzelstaaten sind fast ausschließlich auf direkte Steuern angewiesen, und sie machen davon einen sehr ausgiebigen Gebrauch. Es handelt sich um recht billige Zölle. Im Jahre 1907 wurden z. B. von dem gesamten Bedarf des Reiches der Bundesstaaten und der kommunalen Behörden an direkten Steuern, Erbschaftsteuern, Vererbungssteuern usw. rund 6 1/2 Proz. aufgebracht, an Zöllen, Verbrauchsteuern und anderen indirekten Steuern 33 1/2 Proz. Es ergibt sich also schon daraus, daß die Befreiung durch direkte Steuern, die die besser situierten Berufsgruppen trifft, viel größer ist, als die Befreiung der weniger bemittelten Berufsgruppen. Herr Singer und seine Freunde seiner Partei werden doch wohl am eigenen Geseh nicht geirrt haben. (Große Heiterkeit.) Warum die Parteien in der Finanzkommission an verschiedenen Regierungsvorschlägen so erhebliche Abstriche gemacht haben, bleibt ihr Geheimnis, denn z. B. der Tabak konnte recht wohl eine weit höhere Besteuerung erdulden. Nun muß aber endlich ein Ende gemacht werden, damit das Ziel der Gehobung der Reichsfinanzen erreicht wird. Vorläufig steht noch die Erbschaftsteuer als Hindernis im Wege. Ich hoffe aber, daß es gelingen wird, die bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Gegen die Erbschaftsteuer sind allerlei Bedenken erhoben worden, auch von dem Abg. Spahn, die ich aber nicht teilen kann. Es scheint mir, als ob er selbst nicht so recht von der Wirksamkeit seiner Gründe überzeugt war. Es ist bekannt worden, daß die Erbschaftsteuer nicht mit den konservativen Grundbills zu vereinbaren ist. Das kann ich nicht gelten lassen. Ich bin zwar kein Parteimann, aber ich habe doch auch konservative Grundbills kennen gelernt, die sich mit der Erbschaftsteuer vereinbaren lassen. Die konservativen Grundbills werden dadurch in keiner Weise berührt. Auch die sächsischen Konservativen haben schon seit 1897 einmütig auf dem Standpunkt, daß die Erbschaftsteuer durchaus annehmbar ist. Dasselbe gilt von den sächsischen Mittelparteien, in deren Mitte ebenfalls sehr viele konservative Elemente zu finden sind. Ich kann nicht begreifen, wie es möglich sein soll, daß ein zukünftiger Erbschaftsbesitzer, der von seinem Nachlass eine Steuer abgezogen wird, in seiner Familie für seine Familie bestritten werden soll. Ich gebe zu, daß es kein sehr erfreuliches Bedenken ist, daß nun bei dem Nachlass ja und sozial abgezogen werden muß. (Heiterkeit.) Aber daß dadurch der Familienfinanzen irgendwele beeinträchtigt werden kann, das vermag ich nicht einzusehen. (Beif. Zustimmung links. Widerspruch rechts.) Es ist durchaus anerkanntswürdig, daß große Parteien auf das Gemütsleben, auf die Frage des Familienfinanzen ein sehr großes Gewicht legen. Aber man wird doch sagen müssen, daß die Gesetze, die dem Familienfinanzen drohen, ganz wo anders her kommen, von der allgemeinen Konsumsteuer, die unsere Bevölkerung trifft. Die Gesetze, die hier vorliegen, werden nicht verschärft durch eine Erbschaftsteuer. Freilich ist der Moment, in dem die Erbschaftsteuer erhoben wird, nicht gerade günstig, aber wer eine Erbschaft hinterläßt, muß sich damit abfinden, daß im Moment seines Todes darauf eine Steuer gelegt wird. Ich hoffe, daß wir zu einer Verbilligung auch in Bezug auf die Erbschaftsteuer kommen werden. Ohne die Erbschaftsteuer ist es nicht möglich, die Finanzreform zuzunehmen, denn die Rotationssteuer ist ein unerlässliches Hindernis und unannehmbar. Die Millenumssteuer bringt ebenfalls keinen Erfolg für die Erbschaftsteuer. Sie wird mehr schädlich als nützlich wirken. (Sehr richtig! links.) Die direkten Steuern müssen natürlich den Einzelstaaten überlassen bleiben; eine Rotationssteuer würde eine Ueberlastung der Einzelstaaten gleich. (Sehr richtig! rechts.) Es sind schon eine ganze Reihe von Steuern den Einzelstaaten

entzogen. Die Einzelstaaten müssen aber im Übrigen weitere Angriffe in ihr Steuerrecht zurückweisen. Zudem ist ihre Rechte verteidigen, verteidigen die Rechte der Gesamtheit. Wir können keine Steuererhebung treiben, die dahin führt, daß die Einzelstaaten von der Besteuerung verschont werden. Unser Ziel muß sein: die Aufrechterhaltung der Reichsfinanzkraft, und niemals aufzuweichen von den Grundsätzen, die bis jetzt bezüglich der Besteuerung gegolten haben und die wir auch in allen Zeiten anerkennen müssen. (Sehr richtig! rechts und links.) (Sehr richtig! links.) Gegenüber dem Appell meines Kollegen von Preußen kann ich ein Gefühl des Weibes nicht unterdrücken, da ich weit hinter ihm zurückbleibe. Aber mit ihm bin ich gleicher Meinung, daß wir uns ernstlich bemühen sollen, das Reich endlich möglichst unabhängig zu machen von den Einzelstaaten, wie auch den Einzelstaaten die Möglichkeit zu belassen, aus ihren Aufgaben gerecht zu werden. (Vereinigter Beifall.)

Abg. Raab (Wirtsch. Vgg.):

Die Mahnung, die bestehenden Gesetze nicht für unüberwindlich zu halten, möge sich besonders die Vertreter jener Parteien merken, die vor der Zeit ohne genügenden Grund die Mitarbeit an der Finanzreform eingestellt haben. (Zustimmung rechts; Widerspruch links.) Diejenigen, die immer sagen, daß das Vaterland über die Partei geht, die müssen schließlich auch einer Steuer zustimmen, die gegen ein Parteiprogramm verstoßt. (Vehemente Zustimmung rechts.) Weder widerspricht der Behauptung, daß die Rotationssteuer eine Entlohnungssteuer sei. Herr Bassermann hat behauptet, daß diese Steuer vom Liberalismus als ein Schlag ins Gesicht empfunden werde. (Sehr richtig! links.) Sie richtet sich gegen die Börse, die Banken und das Großkapital. Ich habe nicht gewagt, daß das Gesicht dieser Kreise mit dem Gesicht des Liberalismus identisch ist. (Beifall rechts; Lachen links.) Ich verheide den Schmerz des Herrn Bassermann nicht. Ich möchte nur, daß das, was in der Kommission beschlossen worden ist, auch im wesentlichen Gesetz wird. (Beifall rechts.) Man hat die Arbeit der Kommission als verwerflichen Wahnsinn hingestellt. Dabei hat sich die Rotationssteuer in Frankreich bemerkt. Warum soll man solche Gesetze nicht auch abschreiben. Nun kommt die Regierung mit den feinen Haarspaltereien, daß es sich um eine Vermögenssteuer handle, die den Einzelstaaten zuzufle. Wir haben uns auf die Rotationssteuer in der vorliegenden Form nicht verstanden, wir sind auch mit Änderungen einverstanden. Es haben auch Leute, die anerkanntermaßen etwas vom Börsenspiel verstehen, ähnliche Vorschläge gemacht. Wegen der Rotationssteuer werden die Börsengeschäfte nicht nach London oder Paris gehen, denn dort sind die Kosten sehr hoch. Die selben Anlagen werden durch die Rotationssteuer in unserem Vaterlande gefördert werden im Interesse der so viel zitierten armen Witwe. Die arme Witwe mag ihr Geld in die Sparkasse tragen. (Sehr richtig! rechts.) Die ausländischen Papiere werden durch die Steuer auch nicht aus Deutschland vertrieben, und wenn ausländische Anleihen ausbleiben, so besteht damit auch weniger Schmerz und manche Sorge außerhalb unserer Landesgrenzen. Wo die jährliche Beschaffung 40 Millionen aufbringen, sollen die Börsenleute die 60 Millionen auf den Markt des Vaterlandes legen. (Beifall rechts.) Der Redner wiederholt sich dann gegen den Hanjandau, der keineswegs eine Vertretung des Mittelstandes, sondern nur der Großbanken sei. Bei ihm handle es sich nicht um die Masse, sondern um die Klasse. Es geht manche Abgeordnete im Reichstag, die ihre Waal dem Gelde von ähnlichen Kreisen verdanken. Die Börse muß mehr herangezogen werden, gerade weil alle anderen Kreise auch schwer hüten müssen. An der Börse soll man nicht rühren! Gibt es vielleicht noch eine Oberregierung bei uns, eine Regierung der Börse und Banken? (Unruhe.) Haben Sie vielleicht sonst Ueberzeugungen, daß man an sie nicht heranzutreten, während man fallen Blutes alle anderen Kreise heranzieht? Die Wertungsteuer könnte sofort in gesetzgeberische Formen gebracht werden. Gegen den Kostenanstoß sollten bestehen dagegen Bedenken. Die Prellmänner haben nur beim Bier Entgelt zu zahlen, das Brauereimonopol haben sie abgeschafft und damit selber die sogenannte Biersteuer vereinfacht. Auch beim Tabak haben sie nur die Hälfte bemittelt und die Bankrolle abgeschafft. Es stellt sich immer die Deutung von 25 Millionen. Wo sollen die herkommen? Ich bitte Herrn Mommsen, uns darüber doch Aufschluß zu geben. Die Erbschaftsteuer werden wir annehmen, wenn sie gut ausgestaltet ist. Notwendiger Ausgleich sind aber doch das mobile Kapital treffende Steuern, die Wertungsteuer und eine Dividendensteuer. Bedenken haben wir gegen die Erhebung des Wechselstempels und die Einführung des Scheffeltampels. Das sind verkehrsfördernde Steuern. Das erkennen auch die Nationalliberalen an, aber der allerberücksichtigungsfähigsten Steuer, der Fahrkartensteuer, haben sie zugestimmt. Wir erwarten von der linken Seite jetzt ein positives Programm. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Dr. Sydow:

Auf die Einwendungen, die gegen unsere neuen Steuerorschläge gemacht worden sind, wird bei der Spezialberatung ein-

gegangen werden. Ich will nur noch kurz zur Rotationssteuer sprechen und zu dem direkten Appell, der an die Regierung in Bezug auf die Börse gerichtet worden ist. Ich hoffe nicht, den Vorredner zu überzeugen, nachdem das den eingehenden Darlegungen des Finanzministers und Handelsministers nicht gelungen ist. Wenn das Wort Börse erlöst, so gerät er immer in große Erregung. Er zeigt dann eine gewisse Belegenommenheit. Das kam auch bei der Frage zum Ausdruck, ob es etwa eine Uebertragung der Börse und der Banken gebe. Es hat niemand den Wunsch, die Börse und die Banken zu überlassen, sondern man will sie zu machen, daß wir von der Börse aber von den Geschäftsanlagen irgend eine Abhilfe abhängig sind. (Beifall.) Das Reich sowohl wie die preussische Regierung haben selbst laudhafte Männer durch die Rotations- und die Gehobung, und wenn sie Sachverständigen aus Börsenkreisen herangezogen haben, so sind deren Urteilungen entgegengekommen worden, ohne daß wir die Verpflichtung haben, sie zu befolgen. Wir standen schon vor der Vermählung im Zirkus Schumann der Rotationssteuer absehend gegenüber. Nun ist gelangt worden, die Börse könne ruhig 60 Millionen hergeben. Ja, sie gibt sie aber nicht. (Große Heiterkeit.) Die Kommissionsvorschläge zwingen sie nicht dazu. Sie können noch der Börse das Gesicht verzeihen, aber den Schaden haben andere Kreise, auch die landwirtschaftlichen. Bei Beginn des Krieges 1870/71 hat die Aufbringung der Anteile große Schwierigkeiten gemacht. Der Vorwurf trifft aber alle beteiligten Kreise. Wäre man wurde mit dem Gelde geschickter. Wir müssen für solche Fälle eine Organisation des Kapitals haben, denn die Summen, die in Frage kommen, sind ganz ungeheuer. Wir haben keine Veranlassung, das ausländische Kapital von unseren Banken zu verdrängen. Es kommt auch unserer Industrie, unserem Handel und Wirtschaftsleben zugute. Durch die Rotationssteuer würde der Distort nur erhöht werden. Wir können der Aufforderung nicht folgen, das Geld zu nehmen, wo wir es finden. So schlecht sind die deutschen Finanzen noch nicht, daß wir alles nehmen müssen, was nur irgendwo da ist. Wahrscheinlich muß auch die Rüllest auf das wirtschaftliche Leben sein. Und wenn wir der Ueberzeugung sind, daß eine Steuer schädlich ist, dann lehnen wir sie ab. Wir können diese Steuer nicht in dem Augenblicke einführen, wo sie in Frankreich abgeschafft wird. (Beifall links.)

Abg. Mommsen (Frs. Vgg.):

weist die Behauptung zurück, als ob die Liberalen die Arbeit eingestellt hätten, als die Bank- und Börsenleuten aus Tapet kamen. Wir haben sowohl an der Beratung der Wertungsteuer teilgenommen, als auch an der der Rotationssteuer. Aus der Erbschafts-Kassen die ganzen 100 Millionen bezogen werden. Wird der Ertragswert bei den landwirtschaftlichen Besitzern zugrunde gehen, wie es die Worlage wünscht, dann werden unsere Großgrundbesitzer von dieser Erbschaftsteuer niemals betroffen werden. (Beif. Zustimmung links.) Die Mitteilungen, die auch von konservativer Seite in die Presse gekommen sind, über die Einschätzungen auf dem Lande, sind ungeheuer dazu beigetragen, die Erbschaftsteuer der letzten Monaten zu steigern. Hüft Wilkom sollte immer Einfluß in Preußen dahin ausüben, daß sie für die innere Verwaltung auch eine Inmatrikulationsmission eingeleitet wird, die die Einschätzungen in ganz Preußen - nicht bloß die der Landwirte und Großgrundbesitzer, auch die der Kaufleute und Industriellen - einer Revision unterzieht. (Beifall links, Lachen und Unruhe rechts.) Das bringt Geld, Preußen und dem Reiche. (Zustimmender Beifall rechts.) Was gelten der preussische Finanzminister den Herren an Befreiungen und Begünstigungen für den ländlichen Grundbesitz vorrechnete (Abg. Kreth: Liebesgaben!), das gibt doch auch den entsprechenden Anhängern der Erbschaftsteuer zu denken. (Sehr wahr! links.) Es wird immer gesagt, das mobile Kapital entgeht sich vorzugsweise der Steuer. Nun, wir haben Vermögenssteuern in Deutschland; sollten unsere großen Familien, die Großgrundbesitzer - man munkelt davon - es nicht selbst sein, die ihr mobiles Vermögen, wie man es uns so hüßig darstellt, der Besteuerung entzogen haben? (Sehr gut! links; Unruhe rechts.) Es wird übrigens so gerechtfertigt, wie in den großen Zentren von Handel und Industrie, in den großen Städten. (Sehr wahr! links.) Die Erbschaftsteuer ist die einzige in den ganzen Steuerprojekten der letzten 10 und 20 Jahre, die dem Reich wirklich neues Geld bringt und zwar, ohne die Beifreiungsfähigkeit zu beeinträchtigen, und ohne in das Wirtschaftsleben irgendwele einzugreifen, die keine Befreiungs- und Lohnerhöhung notwendig macht. Und dann der ungeheure Vorteil gegenüber allen anderen Steuern: sie bringt den Ertrag dauernd und er muß immer und stark steigen; um so mehr, je mehr sie, wie andere Nationen, das bemüht um, die Kapitalbildung fördern, statt dem Verkehr neue Lasten aufzulegen. Effekten- und Wechselstempel - schon, wir machen Herrn Raab die Freude und werden dafür stimmen, obgleich es keine schönen Erfindungen sind. Ganz anders liegt es beim Scheffeltempel. Wir haben ein Talent, bei Reformen des Geld-

Die Parlaments-Ausgabe
der „Saale-Zeitung“
(Morgen-Ausgabe)
berichtet an bedeutungsvollen Tagen ausführlicher als jedes andere Hallesche Blatt über die Vorgänge im Reichstage und Landtage! Jeder, der über die Verhandlungen im Parlamente unterrichtet sein will, abonniere auf die „Saale-Zeitung!“
Bestellungen auf das am 1. Juli a. c. beginnende Quartal nehmen heute schon die Expedition und die Postanstalten entgegen!



marthes immer ein Pferd vor und ein Pferd hinten anzuspinnen, das benebenswert ist. Aber die Polikentener stellt alles andere in den Schatten; sie ist die allerhöchste, die man sich angefangen denken kann. Den einzigen Vorteil hat sie, daß die Agrarier mitgehen müssen. Der Handwerker, der Bauer wird ihnen für diese Steuer dankbar sein!

Der Redner schließt: Wir hoffen nach wie vor auf die verbündeten Regierungen, daß sie eine solche Steuermaßnahme, wie die der Kommission, nicht mitgehen, dann werden sich andere und bessere Steuern finden.

Gonabend 11 Uhr: Fortsetzung und zweite Lesung der Verfassungen.
Schluß 8½ Uhr.

Deutsches Reich.

Die Kaiserbegegnung in den Schären.

Die Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren nimmt ihren programmatischen Verlauf, der durch das höchste Zeremoniell streng geregelt wird. Was geschieht, ist durch dieses Programm bestimmt, nicht aber, wie es geschieht.

Die Trinkprüche, die die Herrscher bei der festlichen Abendtafel an Bord des „Standart“ ausbrachten, mußten eine Art politischen Bekenntnisses sein. Und es stand bei den Rednern, ob sie mit kühler Sphärität oder herzlicher Zuneigung sprechen würden. Die Tatsache, daß der Draht die Worte der Herrscher gestern bereits in alle Winde trug, gibt diesen Trinkprüchen ihre hohe Bedeutung; Kaiser Wilhelm und der Zar wußten, daß sie vor dem Forum der ganzen zivilisierten Welt sprachen und haben daher sicherlich jedes Wort auf die Goldwaage gesetzt. Umso erfreulicher ist es, daß

die Trinkprüche

von den Vertretern wahrhaft freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden mächtigen Reichen widerhallen.

Die Worte, die der Zar an den Kaiser richtete, lauteten:

„Ich freue mich, Eure Majestät in unserer Mitte begrüßen zu können und Eure Majestät willkommen zu heißen in Erwidrerung der Gastfreundschaft, die mir vor zwei Jahren in Simeoniwka in Lazeboden wurde, und die zu meinen wertvollsten Erinnerungen zählt. Ich nehme diese glückliche Gelegenheit wahr, um Eurer Majestät zu versichern, daß ich den aufrichtigen und unerschütterlichen Wunsch hege, die traditionellen Beziehungen herzlicher Freundschaft und gegenseitigen Vertrauens dauernd zu erhalten, die unsere beiden Häuser stets verbunden haben und die zu pflegen, nicht bloß als ein Unterpfand der guten Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern, sondern auch des allgemeinen Friedens, ich lebhaft wünsche. Ich erbehe mein Glas und trinke von ganzem Herzen auf die Gesundheit und das Glück Eurer Majestät und auf die Gesundheit Ihrer Majestät der Kaiserin, auf das Wohlwollen der kaiserlichen Familie und auf die Wohlfahrt des Deutschen Reiches.“

Der Kaiser erwiderte auf die Worte des Zaren mit folgendem Trinkpruch:

„Die so liebenswürdigen Worte, welche Eure Majestät an mich soeben richteten, haben mich lebhaft gerührt, und ich danke Eurer Majestät dafür und spreche zugleich meine tiefste Dankbarkeit Eurer Majestät und Ihrer Majestät der Kaiserin für den so herzlichen Empfang aus, welcher mir aufs neue wieder an Bord des „Standart“ bereitet worden ist. Gleich Eurer Majestät sehe ich mit Freude in diesem Empfang eine neue und wertvolle Bestätigung der engen und aufrichtigen Freundschaft, welche unsere Völker und unsere Häuser verbindet. Ich sehe darin zu gleicher Zeit eine neue Bestätigung der traditionellen Beziehungen herzlicher Freundschaft und des Vertrauens, die den vielseitigen Interessen und den durchaus friedlichen Gesinnungen unserer Völker gleichmäßig entsprechend, zwischen unseren Regierungen bestehen. Ich trinke auf das Wohl Eurer Majestät, Ihrer Majestät der Kaiserin und der ganzen kaiserlichen Familie und ebenso auf das Gedeihen des russischen Reiches in den Bahnen, welche die hohe Weisheit Eurer Majestät ihm vorgezeichnet hat.“

Zu dem Diner an Bord des „Standart“ waren im ganzen 52 Einladungen ergangen. Die Zarin sah zwischen beiden Monarchen, Szwolski und Schoen gegenüber Stolypin. Nach dem Diner verweilten die Herrscher in herzlichem Verkehr auf Deck, während die russische Besatzung erfrischen ließ. Es war ein herrlicher Anblick, den die erleuchteten Schiffe in der hellen, nordischen Sommernacht abgaben. Nach herzlicher Verabschiedung kehrte der Kaiser gegen Mittag auf die „Sohnen-Sollen“ zurück.

Staatssekretär v. Schoen hatte von 5 Uhr ab eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Stolypin und dem Minister des Auswärtigen Szwolski an Bord des „Standart“.

Unter allen Teilnehmern der Entree herrscht die Meinung vor, daß die Begegnung von hoher politischer Bedeutung ist und beide Kaiserthronen erneut Zeugnis ablegen von der Bestätigung der alten traditionellen Freundschaft zwischen den Herrscherhäusern und den Regierungen.

Ordensauszeichnungen

sind, wie das folgende Telegramm berichtet, nunmehr auch von deutscher Seite erfolgt:

Neual, 18. Juni. Kaiser Wilhelm verlieh Stolypin den Verdienstorden der russischen Krone. Szwolski die Brillanten zum Großkreuz des Roten Adlerordens. Ferner erhielten das Großkreuz des Roten Adlerordens der Ehrenorden bei Kaiser Wilhelm, Generaladjutant Baron von Mependorff, den Roten Adlerorden 1. Klasse der Marineminister Wojewodski, Generaladjutant Kiofiow und der Generalgouverneur von Finnland Boekmann; die Brillanten zum Kronenorden 1. Klasse Generalmajor à la suite Tatischeff und Generalmajor Mosoloff; den Kronenorden 1. Klasse die Admirale von Ulagine und Graf Seiden, der Palastkommandant Debusin, Dzerzementenmeister Graf Bendritsch und Generalleutnant Sedmann.

Die Rückfahrt des Kaisers

ist für den heutigen Sonnabend anberaumt. Der Kaiser trifft aus den finnischen Schären, falls nicht unglückliches Geometter eintritt, 7 Uhr abends wieder in Keuffhäusersee ein, um 8 Uhr fährt er mit dem Automobil über die Kaiserliche Chaussee nach Langsahr. Dort scheidet der Kaiser mit seinem Gefolge bei den Leibkutschern. Die Abfahrt über Berlin nach Hamburg ist auf 10 Uhr 30 Min. festgesetzt.

Die Beschädigung des „Woodburn“.

Der seltsame Irrtum eines russischen Torpedobootes, das, wie gemeldet, auf den englischen Dampfer „Woodburn“ feuerte, als dieser den Hafen von Frederiksbad verließ, wird von den englischen Presse mit zunehmender Nachsicht behandelt. Das Schiff ist ein Frachtsdampfer, gehört der Tyne and Wylde Steamship Co. und war im Begriffe, nach Helingsfors zu fahren. Kapitän Roberts hat dem Londoner Agenten einen telegraphischen Bericht über den Vorfall gefandt, nach dem das russische Torpedoboot aus Unvorsicht, die Roberts nicht kennt, oder doch nicht nennt, sechs Schiffe auf die „Woodburn“ abgab, von denen zwei trafen. Ein Heizer soll nicht ungefährlich verletzt sein. Die Schiffe geriet in einen Teil des Aufbaues des Schiffes. Der Kapitän fuhr behufs Reparatur des Schiffes nach Frederiksbad zurück. Die englischen Nordseeblätter meinen, es handle sich hier offenbar um einen Ausbruch neuerer Belohnung für das Leben des Zaren und erinnern an Rosenkranz's berühmte „Schlacht“ mit dem englischen Fischerbooten.

Sol- und Personalangelegenheiten.

* Die Kronprinzessin ist gestern vormittag 8,45 Uhr nach Koblentz abgereist. Sie begibt sich zu fünfzigstündigem Besuch bei der Oberhofmeisterin Frau Prinzessin nach Schorffow und am 20. d. Mts. mit den Prinzgen-Söhnen zu mehrtägigem Aufenthalt nach Weidenhausen.

* Die Königin von Schweden traf Donnerstag in Potsdam ein. Die Kaiserin war zum Empfang erschienen. Nach herzlicher Begrüßung begaben sich die Monarchinnen per Automobil in das Neue Palais, von wo aus nach kurzer Aufenthalt die Weiterfahrt der Königin von Schweden stattfand. Abends 9,20 Uhr traf die Königin von Schweden zum Besuche ihres Regiments in Stettin ein. Zum Empfang auf dem Bahnhof war Prinz Adalbert von Preußen, der um 3,50 Uhr angekommen war, erschienen. Der Prinz begrüßte die Königin in Vertretung des Kaisers und überreichte ihr einen Strauß weißer Rosen mit blauer Schleife. Ferner waren zum Empfang anwesend der schwedische Gesandte in Berlin nebst dem Militärattaché und der Kommandeur des Infanterieregiments Königin Victoria von Schweden (Sommerhagen) Nr. 24 Ober v. v. Deden. Die Königin begab sich in Begleitung des Prinzen Adalbert zu der in Saßen liegenden königlichen Jagd-Druck, wo sie die Nacht verbrachte. Prinz Adalbert reiste um 10 Uhr 44 Minuten nach Berlin zurück.

Von der Parfümersteuer.

Auf bisher nicht beachtete üble Folgen einer Besteuerung der Reichs- und Schönheitsmittel (sogenannte Parfümersteuer) hat der Deutsche Apotheker-Verein in Eingaben an den Reichstag und Bundesrat hingewiesen. Die meisten der Reichs- und Schönheitsmittel sind in Grunde genommen ätzende Heilmittel und werden als solche von den Ärzten verwendet. Dazu kommt, daß bis jetzt kein Verbot, die wie Ölsäure, Extrakte, Tinkturen und Wasser zu Reichs- und Schönheitsmitteln verwendet werden, gleichzeitig auch zu Heilmitteln Verwendung finden und in größerer Zahl in das deutsche Arzneibuch aufgenommen sind. Es wäre, wenn der Entwurf Gesetz würde, eine Grenze zwischen den Arzneimitteln, welche die Steuer treffen soll, und den eigentlichen Heilmitteln kaum zu ziehen. Die Steuer wäre also eine Steuer auf Heilmittel, die ohnehin zum großen Teile durch die Brantweinsteuer schwer belastet werden.

Die Reichsversicherungsgesetzgebung und die Verträge.

Der Vorstand des Leipziger Ärzteverbandes gibt folgende Entgegnung auf die von der Nordd. Allg. Ztg. kürzlich gemachten Ausführungen bekannt: Der Vorstand des Leipziger Verbandes gibt hiermit die Erklärung ab, daß er trotz der im Entwurfe der Reichsversicherungsgesetzgebung geplanten heillosen Entwertung des Verzeitesandes in seinen Verträgen und der am 23. Mai beschlossenen „Erklärung“ nun den die Staatsverträge und berufliche Freiheit des Verzeitesandes verbindenden Bestimmungen gegenüber einen Verzeitesvertrag über Ableben und Behinderung der erkrankten Rentenscheininhaber ausdrücklich gewährt wissen will. Er verurteilt den Versuch der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, diese „Erklärung“ durch Weglassen der wichtigsten Abschnitte zu entstellen und die Bestimmungen der „Reichsversicherungsgesetzgebung“, insbesondere des § 451 Abs. 3 in irreführender Weise als günstig für den Verzeitesstand hinzustellen. Der Vorstand des Verbandes bezweifelt nicht, daß von allen in Betracht kommenden Faktoren, insbesondere auch der Presse, bei genauer Prüfung des Entwurfes diese Verschlechterung durchsichtig und aus der nahezu einmütigen Stellungnahme der verschiedensten ärztlichen Organisationen in allen Teilen des Reiches der Ernst der Lage und die unbedingte Notwendigkeit einer Änderung des Entwurfes im Sinne der seit vielen Jahren vom Deutschen Ärzteverband erhobenen Forderungen und der von diesem gemachten positiven Verbesserungsvorschläge erkannt wird.

Sonderrabatte.

□ Gegen die immer weiter um sich greifende Gepflogenheit, Sonderrabatte an die Mitglieder bestimmter Vereine zu gewähren, hat die Handelskammer zu Mainz in ihrem letzten Jahresberichte in bemerkenswerter Weise Stellung genommen. Sie erklärt dieses Geschäftsgeheiß für einen Mißstand und fordert dessen Beseitigung. Sie bemerkt dazu:

Es sind uns Fälle bekannt geworden, in denen sich Geschäfte dazu verstanden haben, solche Rabatte in Höhe von 10, 15 und gar 20 Prozent des allgemeinen Verkaufspreises zu bewilligen. Derartige Zugeständnisse stehen in der Regel nicht nur ohne angemessene, sondern überhaupt keine Gegenleistung gegenüber, weder hinsichtlich der Höhe des Umfanges, noch hinsichtlich der Zweckung eines bestimmten Kundenzweiges; es besteht für den Kaufmann vielmehr lediglich die Hoffnung, daß durch sein Zugeständnis sich die Mitglieder des betreffenden Vereines veranlassen ließen, bei ihm einzukaufen. Warum aber solche Zugeständnisse den übrigen Kunden, von denen gewiß viele durch langjähriges Bestehen an ihren Lieferanten noch am ehesten einen Anspruch darauf besitzen sollten, vorenthalten werden, ist nicht einzusehen; diesen gegenüber bedeutet das Verhalten eine durch nichts zu rechtfertigende Benachteiligung und Brüstung. Ist die Rabattgewährung dazu so hoch wie oben an-

gegeben bemessen, so muß man außerdem annehmen, daß in den betreffenden Geschäften die gewöhnlichen Kunden in schmerzlicher Weise übersteuert werden. Denn die Rabatte übersteigen zum größten Teil erheblich den Gewinn, der bei normalen Preisen in der Regel erzielt wird.

Zur Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen.

■ Aus Stuttgart wird gemeldet: In der zweiten Kammer erklärte im Auftrage des Centrums der Abg. Dr. v. Kien, was eine weitergehende Eisenbahngemeinschaft betreffe, so sei keine Partei für die Betriebsmittelgemeinschaft, aber aus konstitutionellen, politischen und volkswirtschaftlichen Gründen gegen eine Finanz- und Betriebsgemeinschaft. Kamens der Deutschen Partei erklärte Abg. v. Balz, es müsse noch einmal klar ausgesprochen werden, daß es zahlreiche Stimmen gebe, die ausgesprochen seien, mit Beziehung auf eine Eisenbahngemeinschaft über die Betriebsmittelgemeinschaft hinauszugehen. Sie gründe die Gemeinschaft, desto größer sei auch ihr Vorteil. Man könne auch eine andere Form finden, als die preussisch-hessische Gemeinschaft, und die konstitutionellen Bedenken ausschließen. Seine Partei halte es für richtig, aus politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen die Gemeinschaft weiter auszubauen. Inwiefern Selbständigkeit, so sagte Redner, hat nur das Ergebnis, daß wir unter Defizit leiden dürfen, jedenfalls würden durch eine größere Verwaltung und Gemeinschaft viele wirtschaftliche Vorteile erzielt, so daß auch wir erheblichen Nutzen davon hätten. Eine deutsche Verkehrspolitik sehe auch eine einheitliche Verwaltung voraus. Er halte es für seine Pflicht, offen und bestimmt auszusprechen, daß er nach wie vor den Gedanken einer möglichst weitgehenden Vereinheitlichung der Eisenbahnen für erzieherisch halten und es begrüßen würde, wenn dieses Ziel erreicht werden könnte. **Der Staatsmann, der das zustande bringe, hätte eine Tat vollbracht, die ihm für alle Zeit in der Geschichte einen ganz hervorragenden Platz einräumen würde.**

Vom Besuch der englischen Geistlichen in Bremen.

■ Die in Bremen eingetroffenen englischen Geistlichen wurden am Saupfahnhofe von dem Bürgermeister Dr. Marcus und dem Senator Dr. Barkhausen an der Spitze des hiesigen Empfangscomittees empfangen. Bankdirektor Carl Janßen richtete dann die Begrüßungsworte an die Gäste. Gekannt wurden die englischen Geistlichen die Domkirche, wo sie von der Geistlichkeit empfangen wurden. Auf die Begrüßungsworte antwortete R. H. Broke. Der Domchor trug mehrere Lieder vor; auch die Gemeinde war stark vertreten. Später wurde den Gästen ein Frühstück im Altbremer Hause geboten, wo der Handelskammerpräsident Viktor die Begrüßungsworte hielt.

Allgemeine Mitteilungen.

— Wie bestimmt verlautet, wird Kaiser Wilhelm zur Begrüßung des Sultans Hoham med eine Spezialgesandtschaft nach Konstantinopel senden.

Ausland.

Ex-Präsident Roosevelt an Ost.

Die neueste Nummer der amerikanischen Zeitschrift „Outlook“ enthält einen Aufsatz von Theodor Roosevelt, den der Ex-Präsident erst in neuester Zeit geschrieben hat. In dem Artikel bezeichnet er Roosevelt als dringend notwendig, daß in dem Kampfe fortzuführen werde, dessen Ziel es ist, die Herrschaft über die Regierung den Händen der Nation zu entwinden, von denen die politische Macht zu Zwecken mißbraucht werde, die dem Gemeinwohl schädlich sind. Roosevelt richtet an das ganze amerikanische Volk einen leidenschaftlichen Appell, in dem Kampfe gegen die Unrechtfertigkeit im politischen und kommerziellen Leben nicht zu erlahmen. Diese Unrechtfertigkeit müsse ausgerottet werden, und in diesem Streben dürfe man sich auch durch die Bestürzung nicht irre machen lassen, daß vorübergehend Unzufriedenheit unter der Strenge der zu treffenden Maßnahmen zu leiden hätten.

Der Artikel erregt ziemlich großes Aufsehen, weil man glaubt, daß er sich indirekt an Laufs Presse richtete. Der jetzige Präsident hat bisher in der Bestätigung der politischen Macht beanspruchenden Finanzmagagnen sich keineswegs Roosevelt zum Vorbild genommen. Er hat eine Maßnahme bemessen, die in gewissen Grenzen günstig wirken mußte, aber nunmehr schon zu weit gegangen ist, daß sie für Laufs eigene Freunde und zweifellos für Roosevelt eine gewisse Enttäuschung erzeugte. Dieser Stimmung hat dem von ihm selbst empfohlenen Nachfolger will, wie man glaubt, Roosevelt entgegenwirken.

Ein allgemeiner Albanesaufstand?

Aus Belgrad wird dem Daily Telegraph gemeldet, daß die Expedition Djewad-Paschas gegen die aufständischen Albaner auf große Schwierigkeiten gestoßen sei. Nur nach siebenwöchigen heftigen Kampf hätte die Expedition vermocht, den Verlust der Drim zu gewinnen. Beide Seiten hätten starke Verluste erlitten. Die Expedition hätte von Djefalova aus verstärkt werden müssen. Ein entscheidendes Gefecht sieht jetzt bevor. Nach einem Bericht aus Nestib mußte sich Djewad-Pascha auf Djefalova zurückziehen. In Fragebogen rechnet man mit einem allgemeinen Aufstand in Albanien.

Die Kretafrage.

Wie dem Reuterschen Bureau aus Canea gemeldet wird, ist dort heute eine amtliche Proklamation bekannt gegeben worden, in der die Bevölkerung aufgefordert wird, Ruße zu bewahren und das Vertrauen zu den Schutzmächtigen zu haben, daß die Kretafrage gelöst werde.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil: für Provinzial-Angelegenheiten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Erwin Alexander-Roh; für den Inseratenteil: H. Sermann Weisbaum; Druck und Verlag von Otto Hendel; sämtlich in Halle a. S.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Unterhaltungskabarett“.